Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
31. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 31 / 02
4. Dezember 2026

Thema: Umverteilung für mehr Inklusion!

Beschlussvorschlag der Fraktion Landesarbeitsgemeinschaft selbstbestimmte Behindertenpolitik der Partei Die Linke

Das 31. Bremer Behindertenparlament stellt fest:

Viel zu oft wird uns Menschen mit Behinderungen entgegen gehalten, dass für Maßnahmen zur Förderung der Inklusion kein Geld da ist. Das werden wir nicht länger hinnehmen. Die Reichsten in unserer Gesellschaft müssen endlich wieder stärker in Pflicht genommen werden, damit in unserer Gesellschaft alle ein gutes Leben haben können!

In Deutschland gibt es nach wie vor gravierende gesellschaftliche und strukturelle Barrieren, die es Menschen mit Behinderungen erschweren, gleichberechtigt an allen Lebensbereichen teilzunehmen. Auch in Bremen sind viele Menschen mit Behinderungen von Diskriminierung, unzureichender Barrierefreiheit und ungleichen Bildungschancen betroffen. Um echte Inklusion zu gewährleisten, sind umfassende finanzielle Mittel und politische Maßnahmen erforderlich.

Gleichzeitig sind die finanziellen Ungleichgewichte in unserer Gesellschaft eklatant: Die reichsten 1% der Bevölkerung haben in den letzten Jahrzehnten zunehmend von Steuergeschenken und einem wachsenden Reichtum profitiert, während die breite Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Menschen mit Behinderungen, weiterhin mit mangelnden Ressourcen und Chancen zu kämpfen hat.

Die Partei *Die Linke* hat in ihrem Bundestagswahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 die Notwendigkeit einer deutlich höheren Besteuerung der Superreichen formuliert.

Während die öffentlichen Haushalte nicht mehr in der Lage sind die staatlichen Aufgaben angemessen zu erfüllen, steigt der private Reichtum des Reichsten 1% von Jahr zu Jahr.

Hier muss durch eine gerechte Steuerpolitik umverteilt werden. Eine solche Steuerpolitik muss sicherstellen, dass die finanzielle Belastung nicht weiterhin auf den Schultern der Mittelschicht und der sozial Schwächeren lastet, sondern dass diejenigen, die den größten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum haben, auch ihren fairen Beitrag leisten.

Verwendung der Mehreinnahmen zur Förderung der Inklusion:

Die Mehreinnahmen aus einer höheren Besteuerung der Superreichen sollen gezielt in die Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen investiert werden. Konkrete Maßnahmen könnten sein:

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe
– Herrn Gerald Wagner –
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen
www.lags-bremen.de
info@lags-bremen.de

- **Barrierefreier Zugang zu öffentlichem Raum:** Investitionen in die barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Gebäuden, Verkehrsmitteln und Infrastrukturen.
- **Bildungsmaßnahmen und Teilhabe:** Förderung von inklusiven Bildungsangeboten und beruflichen Integrationsmaßnahmen, die es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, unabhängig und selbstbestimmt zu leben.
- **Unterstützungsangebote und Assistenzdienste:** Verbesserung und Erweiterung von Unterstützungsdiensten für Menschen mit Behinderungen, z.B. durch barrierefreie Technologien oder den Ausbau von persönlichen Assistenzdiensten.

Das Bremer Behindertenparlament möge beschließen:

Das Bremer Behindertenparlament fordert höhere Steuern für Superreiche um die Einnahmen des Staates zu erhöhen und so mehr Geld für Inklusion einsetzen zu können.

Wir fordern insbesondere:

- Eine stärkere Besteuerung von Kapitalerträgen und Einkommen aus Vermietung etc.
- Die Einführung einer Vermögenssteuer, die auf hohe private Vermögen ab einer Schwelle von 20 Millionen Euro erhoben wird.
- Die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen, die über 7.000,00 € brutto pro Monat liegen.

Für die Fraktion: Tim Sültenfuß

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2027 erbeten

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe
– Herrn Gerald Wagner –
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen
www.lags-bremen.de
info@lags-bremen.de